

Schweine
weine zugeführt.
Stüdpreis von
ohen Preise we-

anne wurden
ggen, 624 Kilo
infel. Verkauft
n 40-50, Rog-
Dinkel 36-38

Sept. Bei der
Versteiger-
ung, der zu 370
s in früheren
en 1 618 300 000
tner auf etwas

u 210 Zentner
10 915 000 Mt.

en

U. T.: 98.
10 Uhr: Haupt-
Benn ich ihn
ars Hans Gös.
Kirchensteuer).
re (Töchter äl-
g im Vereins-
stunde.

10 Uhr: Pre-
cht.
Liebenzell.
Teinach.

ende.
redigt, Flößer,
Flößer.

1/2 2 Uhr: Pre-
u. Gebetsstunde.

a n n. Calw.
erel. Calw.

ise am Samstag,

erspäne,

Brennholz,
bereits neu,
1 Sauchefas,
hüber, Ein-
nden, 1 neue
ungfederma-
neuen Bett-
nen. Schlaf-
Paar Bett-
nk, 1 Nacht-
an und sonst

Werkzeuge,
zulagen, ca.
hene Dielen.
chreinerstr.

nde

n Drucksachen
n, Rechnungen,
t, Preislisten
dieses Blattes.

eisefett
billigt.
Freudenberger.

kleines
nweisen
mit Garten auf dem
kaufen. Gest. An-
ter W. 3. an die
stelle Weinsberger
in Weinsberg.



Nr. 210 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 98. Jahrgang.
Ercheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 100 000 Mt., Familienanzeigen 80 000 Mt., Reklamen 400 000 Mt. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Verspr. 9.
Samstag, den 8. September 1923.
Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 750 000 Mt., wöchentl. Postbezugspreis 750 000 Mt. ohne Postgeld. Einzelnummer 120 000 Mt. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Dollar ist auf über 50 Millionen Mark gestiegen, wir sind also in die russischen Verhältnisse hinübergelitten. Die Folgen dieser Währungsatastrophe sind unabsehbar.

Die Reichsregierung gibt jetzt die Durchführungsbestimmungen für die Verschärfung der Devisenfassung bekannt. Der zur Durchführung bestellte Reichskommissar hat außerordentliche Vollmachten zur Beschlagnahme der Bestände, die nicht den allernotwendigsten Bedürfnissen dienen.

In einer Besprechung der Reichsregierung mit den Vertretern der besetzten Gebiete wurde der Regierung das Vertrauen in ihre Politik ausgesprochen, und der Wille zum Festhalten am passiven Widerstand bekräftigt.

Die deutsche Regierung hat an die Entente eine Protestnote übersandt, in der sie die neueste Verordnung der Rheinlandkommission bezüglich der vertragswidrigen Inanspruchnahme des Rechts der Neubesetzung von Beamtenstellen als neuen schweren Verstoß gegen das Rheinlandsabkommen kennzeichnet und die sofortige Aufhebung der Verordnung verlangt.

Die Botschafterkonferenz hat an Griechenland eine Note gesandt, die morgen veröffentlicht werden soll, und in der der Weg zur Verständigung angezeigt ist. Da die griechische Regierung ohnedies die Bereitwilligkeit ausgesprochen hat, sich der Entscheidung der Botschafterkonferenz zu fügen, so wird sie also wohl keine andere Wahl haben, als die dort beantragten Säuberungsmaßnahmen anzunehmen. Auf diese Weise würde dann auch der Bölkerbund, dessen Mitglieder sich zurzeit um die Frage der Zuständigkeit dieser Institution in formidibler Form herumstreiten, um eine hochoffizielle — Blamage herumkommen. Die Situation auf dem Balkan ist übrigens in Hochspannung, sodass es nur des geringsten Anstoßes bedarf, um eine Explosion herbeizuführen.

Die französische Annektionspolitik.

Poincaré dementiert, Tirard dirigiert.

Die letzten Tage haben Ereignisse gebracht, die alle Befürchtungen Deutschlands wegen des Schicksals der Rheinlande neu wachrufen sollten. Wir wissen, daß die französischen Ambitionen auf die Errichtung eines Rheinstaates hinausgehen, der eng mit Frankreich verbunden, wenn nicht gar eine Provinz der französischen Republik sein soll. Wir wissen auch, daß seit der Besetzung des Rheinlandes nach dem Friedensvertrag die Politik des Quai d'Orsay auf die Unterstützung aller verräterischen Bestrebungen im Rheinlande hinausgeht. Diese Unterstützung, die sich materiell und moralisch äußerte bis in die letzten Tage — wir erinnern an die Ausweisung der München-Gladbacher Beamten wegen der Ausschreitungen bei der Tagung der Verräter und an die letzte Dorten-Versammlung in Dürren, die unter dem Schutze der Bajonette der Schwarzen vor sich gehen konnte — hat, soweit sie nur Unterstützung der Verräter blieb, das Schicksal mit der Bewegung der Verräter teilen müssen: sie blieb völlig wirkungslos bei der durchaus deutschen Bestimmung der eingeborenen Rheinländer und bei ihrer Treue zum Reiche. Gerade die letzten Monate haben bewiesen, wie groß die Hoffnungen waren und noch sind, die Frankreich auf die verräterische Bewegung legt und wie insgesamt alle Mittel angewandt werden, den Verrätern die günstigsten Voraussetzungen zu schaffen. Die Verkehrsperre im besetzten Gebiet im Juli, ihre Erneuerung im August und die Verlängerung in den September hinein, ist schon die skandalöseste Unterstützung der Verräter, wenn sie auch zum Verdruss der Pariser Kreise ohne Erfolg blieb. Eben deshalb ohne Erfolg, weil das Rheinland nicht daran denkt, den Lockungen aus Paris zu folgen. Auch nicht dem Druck, der mehr oder weniger scharf seitens der Exekutivorgane der Rheinlandkommission ausgeübt wird, der französischen Sachverwaltung im Rheinland, oder der bewaffneten Macht.

Frankreich, das „freieste aller Länder“ denkt nicht im geringsten daran, die Freiheit anderer Völker zu achten und den Willen der Völker zu respektieren. Es kennt keine Verträge, wenn es gilt, die französische Expansion ein Stück weiter zu treiben, wie es auch keine Bedenken kennt, die verhindern könnten, daß die Mittel der französischen Politik derart anrüchig sind, daß die Kulturwelt langsam eine antifranzösische Einstellung angenommen hat. Frankreich kennt keine Hemmungen, sicherlich nicht das Frankreich des Herrn Poincaré. Und mit diesem Frankreich hat Deutschland zu rechnen.

Poincaré hat nicht nur einmal erklären lassen und selbst der Welt verkündet, Frankreich wolle keine Annexionen und in dem Notenwechsel, den die Ruhrbesetzung zwischen Frankreich und England veranlaßte, fühlte Poincaré sich bemüht, das französische Ziel der Ruhrbesetzung dahin zu kennzeichnen: Eintreibung der Reparationen. Das ist die Maske Poincarés. Das wahre Gesicht zeigte er in jener Besprechung mit den Redakteuren der nationalisierten Pariser Blätter, denen er offener als in den Noten an England die französischen Ziele zu erkennen gab: eine Politik, die Deutschlands Leistungsfähigkeit derart vermindert, daß seine Unmöglichkeit zur Zahlung von Reparationen die Besetzung weiterer deutscher Gebiete „rechtfertigt“.

Keine Annexionen will Poincaré. Aber zur Sicherung der Reparationszahlungen denkt er Hand auf die deutschen Eisenbahnen, auf das staatliche Eigentum in den besetzten Gebieten, ja sogar auf die privaten Zechen zu legen, wie er Frankreichs Forderungen in den Noten an England kennzeichnete. Das wären zwar keine Annexionen, wohl aber die Grundlage, die zur Annexion führen müßte; denn einmal im Besitz der Eisenbahnen, des Staatsbesitzes und der privaten Zechen würde Frankreich gleichzeitig der maßgebendste Einfluß in dem Lande gesichert sein. Dahin zielt zugeständenermaßen die amtliche französische Politik.

Neben dieser Politik des amtlichen Frankreichs, die den Schein des Rechtes wahren möchte, gehen die Bestrebungen des Comité de la rive gauche du Rhin, offen zwar als die Tätigkeit privater nationalisierter Franzosen, geheim aber nach den Weisungen des Quai d'Orsay. Die Amtstätigkeit der französischen Delegierten im Rheinland, an der Spitze Herr Tirard, des gesamten Beamtenapparates der Rheinlandkommission und der Militärbefehlshaber geschieht nicht im Rahmen der Politik, wie sie in den amtlichen Noten der französischen Regierung und in den Reden Poincarés zum Ausdruck kommt, sie bewegt sich völlig nach den Richtlinien dieses Komitees ohne ein Veto der französischen Regierung auszulösen. Der Beweis, daß das amtliche Frankreich eine andere Politik treibt, als es gern glauben machen möchte.

Die Politik Frankreichs geht trotz aller Erklärungen auf die völlige Abtrennung des Rheinlandes vom Reiche. An dieser Tatsache zu zweifeln hieße die Gefahr leugnen, die in der letzten Zeit immer drohender geworden ist. Nicht nur, daß die Mittel zur Unterstützung der Verräter reichlicher fließen — die noch so ausgiebig unterstützte Verräterarbeit kann allein keinen Erfolg haben — die Träger der französischen Politik im Rheinland, die Verwaltungsorgane und das Militär entsalten in der letzten Zeit eine besondere Rührigkeit, wobei nur allzudeutlich die Richtlinien des Comité de la rive gauche du Rhin zu erkennen sind. Die rheinische Währung, die Besetzung der Beamtenstellen mit Französlingen, der Raub des deutschen Eigentums scheinen zur Tatsache werden zu wollen, nachdem sie in allen Proklamationen, Resolutionen und Äußerungen der französischen Separatisten-Presse gefordert wurden. Die neueste Verordnung der Rheinlandkommission spricht dieser das Recht zu, daß auf die Posten in den deutschen Verwaltungsorganen, die infolge der mit Vorbedacht systematisch durchgeführten Ausweisung und Absetzung von deutschen Beamten durch die Besatzungsbehörden freigemacht wurden, an deren Besetzung aber die Franzosen ein gewisses Interesse haben, Persönlichkeiten berufen werden können, die der Rheinlandkommission geeignet erscheinen. Eine andere Verordnung der Rheinlandkommission, die demnächst erscheinen soll, will angeblich die Ausgabe von Notgeld regeln. In Wirklichkeit greift auch hier wie bei der Besetzung der Beamtenstellen die Rheinlandkommission in die Verwaltungshoheit des Reiches ein, indem sie nämlich die angebliche Regelung der Ausgabe von Notgeld zur Schaffung einer rheinischen Währung zu benutzen denkt. Es ist nicht ihr Wunsch, eine gewisse Ordnung in die Notgeldwirtschaft des besetzten Gebiets zu bringen, wenn sie vorschreibt, daß das Notgeld in allen Städten des besetzten Gebiets die gleiche Größe und das gleiche Aussehen haben muß und sich nur durch die Städtename unterscheiden darf. Es ist ferner bestimmt nicht als Erleichterung des Verkehrs gedacht, wenn in der Verordnung verlangt wird, daß sämtliche Städte verpflichtet sind, dieses Notgeld anzunehmen und auszugeben. Es ist die Verwirklichung der sorgsam gehegten Wünsche des auf die Annexion des Rheinlands zielenden Frankreichs des Herrn Poincaré.

Die Besetzung der Beamtenstellen, die Schaffung der rheinischen Währung müssen zwar nicht die Lösung des Rheinlands aus dem Reichsverbande zur Folge haben; sie stellen aber eine große Gefahr für das Rheinland dar. Abgesehen davon, daß die rheinische Währung nichts weiter als die nichtgarantierte Ausgabe Papiergeldes ist, die sich wirtschaftlich nicht rechtfertigen läßt,

wird die Folge eine Lösung des Zahlungsverkehrs der Rheinlande vom Reiche, also eine Entfremdung sein. Diese Tatsache und ferner der Einfluß, den die Franzosenfreunde in den Beamtenstellen auf die gesamte Verwaltung des Landes ausüben, muß einen schweren Druck auf das politische und wirtschaftliche Leben des Rheinlands zur Folge haben. In dieser Richtung bewegt sich auch eine Maßnahme des Generals Degoutte, der neuerdings verfügt hat, daß die den von französischen Schiedsgerichten erteilten gehörigen beweglichen Güter sequestriert werden sollen. Wie wahl- und rechtlos die Urteile der französischen Kriegsgerichte gefällt werden, ist in der Zeit der Besetzung zur Genüge erwiesen worden. Wie die Kriegsgerichte in Zukunft den politischen Zielen Frankreichs untergeordnet werden, läßt sich leicht ermessen. Es würde also den Franzosen ein Leichtes sein, alle mißliebigen und unbequemen Personen vor das Kriegsgericht zu schleppen, um, stützend auf der Verfügung Degouttes, die Sequestrierung des deutschen Eigentums durchzuführen — neben dem Raub des Staatsbesitzes — der Raub des privaten Eigentums im Interesse der Franzosen.

Die letzten Verordnungen der Rheinlandkommission und der Militärs zeigen also deutlich die Gefahr, in der das Rheinland schwebt. Offenbar erkennt Frankreich, daß der entscheidende Zeitpunkt gekommen ist, nachdem die neue Regierung in Deutschland eine Politik eingeschlagen hat, die geeignet ist, ein für allemal den jetzigen französischen Kurs zu unterbinden. Man will wahrscheinlich, noch ehe sich die Folgen der neuen deutschen Einstellung auswirken, vollendete Tatsachen schaffen, und der unveränderten deutschen Politik zur Erhaltung der Reichseinheit eine Korrektur aufzwingen. Es gilt auf der Hut zu sein.

Protest der deutschen Regierung gegen die Uebergriffe der Rheinlandskommission.

Paris, 7. Sept. Die deutschen Botschafter in Paris und London und die deutsche Gesandtschaft in Brüssel wurden angewiesen, den dortigen Regierungen folgende Note zu übergeben: Die Interalliierte Rheinlandkommission erließ in den letzten Tagen eine Verordnung, durch die sie sich selbst das Recht verleiht, Ernennungen von Beamten vorzunehmen, wenn infolge Abberufung, Ausweisung, oder abgelehnter Genehmigung der Ernennung von Beamten ein Posten in der deutschen Verwaltung frei wird unter der Voraussetzung, daß ihrer Ansicht nach das Weiterbestehen der Bilanz der Sicherheit, dem Bedürfnis und dem Unterhalt der Armee entgegensteht und daß es nicht möglich ist, die Bilanz dadurch auszufüllen, daß sie bereits in der betreffenden Verwaltung beschäftigte Beamte beruft. Diese Verordnung bedeutet einen neuen schweren Verstoß gegen das Rheinlandsabkommen, das in Art 5. ausdrücklich bestimmt, daß die Zivilverwaltung der Provinzen, Regierungsbezirke, Stadt- und Landkreise und der Gemeinden in der Hand der deutschen Behörden verbleibt und weiter nach der deutschen Gesetzgebung und unter Leitung der deutschen Zentralregierung geführt wird. Wenn zur Zeit die Zahl der im besetzten Gebiet vorhandenen deutschen Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten weit unter den in den Haushaltsplänen vorgesehenen Bestand herabgesunken ist, so ist das ausschließlich zurückzuführen auf die von der Interalliierten Rheinlandkommission und den sonstigen Besatzungsstellen ohne Rücksicht auf die vertragsmäßigen Vereinbarungen und auf das Völkerrecht vorgenommenen Massenausweisungen und Massenverhaftungen. Dank der aufopferungsbereiten Arbeit und der übermenschlichen Anstrengungen des noch verbliebenen Restes der deutschen Beamenschaft gelang es aber immer noch, die Verwaltung in dem zur Erfüllung der ihr obliegenden Aufgaben erforderlichen Umfang aufrecht zu erhalten. Ueberdies sind alle Verwaltungen, obwohl sie die Rechtsmäßigkeit der Ausweisungen und Verhaftungen nicht anzuerkennen vermochten, bemüht gewesen, die entstandenen Lücken durch kommissarische Einberufungen und Neuernennungen auszufüllen. Allerdings stießen sie hierbei auf den systematischen Widerstand der Besatzungsstellen, die offenbar das grundsätzlich nach der Verordnung der Rheinlandkommission vorgesehene Vetorecht in jedem Falle ausübten. Der jetzt von der Rheinlandkommission beschrittene Weg, die stark gelichteten Reihen der deutschen Beamenschaft im Rheinland wieder auszufüllen, ist nicht geeignet, eine geordnete Verwaltung im Rheinland aufrechtzuerhalten. Ernennungen von Beamten, die die Rheinlandkommission unter Mißachtung vertraglicher Rechte vornimmt, sind rechtswidrig. Alle Handlungen solcher Beamten würden ebenfalls eine rechtsgültige Anordnung der Staatsgewalt nicht bedeuten. Die deutsche Regierung legt gegen diesen Rechtsbruch der Interalliierten Rheinlandkommission Verwahrung ein und erwartet die sofortige Aufhebung der Verordnung.

Die Verträge der Rheinlandskommission zur Einführung einer rheinischen Währung.

Düsseldorf, 6. Sept. Die Direktor der Düsseldorf Reichsbankfiliale und eine Reihe von Vertretern der linksrheinischen Gemeinden wurden von der Rheinlandskommission nach Koblenz gebeten, um dort an einer Besprechung über das Notgeld teilzunehmen. Es verlautet, daß eine neue Verfügung der Rheinlandskommission die Vereinheitlichung des von den Gemeinden ausgegebenen Notgeldes anordnen werde. Diese Maßnahme würde selbstverständlich nur der Übergang zu dem eigentlichen Zwecke, der Schaffung einer rheinischen Währung, sein. Der an sich begrüßenswerte Zustand ist bereits durch Besprechungen der städtischen Finanzverwaltungen untereinander erreicht worden, indem in jeder rheinischen Großstadt das Notgeld der anderen Städte ohne weiteres angenommen wird. Damit erübrigen sich die Maßnahmen der Rheinlandskommission.

Der Reichskanzler an die Berliner Vertreter der ausländischen Presse.

Berlin, 7. Sept. Gelegentlich eines vom Verein der ausländischen Presse zu Ehren des Reichskanzlers Dr. Stresemann veranstalteten Abendessens führte nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden der Reichskanzler aus, er scheine ihm, als wenn der Gedanke der Universalität der Menschheit durch den Gedanken eines eng begrenzten Nationalismus ersetzt werden sollte. Es sei ihm daher besonders angenehm, in einem Kreise von Persönlichkeiten zu sprechen, die diese Universalität der Völker verkörpern. Nachdem der Kanzler der 25jährigen Regierungsjubiläum der Königin der Niederlande gedacht hatte, wies er auf das furchtbare Unglück hin, von dem Japan betroffen worden sei, das vielleicht den einen oder anderen dazu anregte, sich zu fragen und sich zu erinnern, ob wir nicht angeht, dessen, was hier an Menschenwerk zerstört sei, wenigstens alles Menschenwerk da erhalten sollten, wo das Schicksal noch in unsere Hand gegeben sei. „In einem“, sagte der Kanzler, „sind wir Herr unseres Schicksals: das ist das Verhältnis der Völker zueinander, das auch durch das Erdbeben eines großen Weltkrieges erschüttert worden ist, und heute noch seine Stöße fühlen läßt. Wir stehen vor der Frage, wann kommt nach Krieg und Revolution der Friede? Täuschen wir uns nicht darüber, das Zeitalter, in dem wir leben, ist ein Zeitalter der sozialen Revolution. Niemand wurde in der Menschheit um die Gedanken der Staatsform und der Staatsführung so gerungen. Ich habe schon einmal zu Ihnen sprechen können an dem Tage, an dem ich das Kanzleramt übernahm. Da habe ich denen von ihnen, die vielleicht nur das neue Deutschland kennen, die Mahnung vor Augen geführt, uns zu sehen, wie wir waren und wie wir sein können, und uns nicht nur zu sehen, so wie wir das jetzt sind. Dieses deutsche Volk der Gegenwart hat unendlich viel in sich aufgenommen an Schmerzen und Leiden. Es denkt an seine große Vergangenheit und es hat ein Recht dazu. Schämten würde ich mich als Deutscher, wenn ich nicht stolz wäre auf die Vergangenheit meines Volkes. Wenden Sie sich nicht an diejenigen, die Deutsche sind und die keine Ehre als Deutsche im Leibe haben. Als Vertreter anderer Nationen können Sie Deutsche nur dann recht verstehen, wenn diese das Nationalgefühl verkörpern als Vertreter des schwächlichen, machtlosen Deutschland. Heute, wo es uns manchmal vorkommt, als drängten auch bei uns große revolutionäre Bewegungen an die Oberfläche, die uns auch zu Entwicklungen hinführen, die nicht nur für Deutschland verderblich wären, sondern die ihre Verderblichkeit auch über unsere Grenzen hinaus tragen würden, heute handelt es sich für das deutsche Volk darum, ob es endlich zu wirklichem Frieden kommen kann, oder ob für das deutsche Volk der Friede nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln sein soll. Die Worte Goethes „Nachgiebigkeit bei großem Willen“ möchte ich, führte der Kanzler weiter aus, als Sinnbild der Politik hinstellen, die ich zu führen habe. Nachgiebigkeit in materiellen Dingen, aber Unnachgiebigkeit in der Verteidigung des deutschen Bodens, die nicht einen Stein von deutschem Boden lassen wird. Wenn Deutschland die Grenzen erhält, auf die wir ein Recht haben, und die Souveränität, die uns verbürgt ist, dann wird es auch bereit sein, dasjenige zu leisten, was man billigerweise von uns verlangen kann. Wenn die Welt sich den Frieden wiedergeben will, wenn sie sich darüber klar ist, daß es schließlich nicht nur um die Beziehungen von einem Volk zum anderen geht, sondern um eine Idee europäischer Kultur, um eine Idee der Menschheitsentwicklung, dann werden die Staatsmänner, die ihre Zeit begreifen, sich verpflichtet fühlen, die Hand dazu zu bieten, um den endgültigen Frieden zu schließen, zu dem wir bereit sind und den herbeizuführen ich als erste Aufgabe des Kabinetts betrachte, das meinen Namen trägt. In diesem Bestreben erbitte ich ihre Unterstützung.“ Zum Schluß seiner Rede bat der Kanzler die Vertreter der ausländischen Presse, das freundliche Interesse, das sie seinen Kundgebungen bisher zugewandt hätten, dem deutschen Volk, der deutschen Regierung und ihm zu erhalten.

Die Vertreter der besetzten Gebiete hinter der Politik der Reichsregierung.

Berlin, 7. Sept. Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers fand gestern eine von Reichsminister für das besetzte Gebiet einberufene Besprechung mit Vertretern der besetzten Gebiete über die gegenwärtige Lage statt. Die Aussprache, an der sich der Reichskanzler selbst sowie die an diesen Fragen besonders interessierten Reichsminister beteiligten, ergab völlige Einmütigkeit zwischen der Reichsregierung und den Vertretern des altbesetzten und des Einbruchgebiets. Die Vertreter der besetzten Gebiete erklärten, daß die Bevölkerung völliges Vertrauen zu der Reichsregierung habe und sich einmütig hinter ihre Politik stelle.

Lloyd George zur Lage.

London, 8. Sept. Lloyd George erklärte in einer Rede in Wales, die augenblicklich in England am Ruder sich befindliche

Amtliche Bekanntmachung.

Bekanntmachung.

Die Gemeindebehörden werden auf den Erlaß des Ministeriums des Innern vom 1. 9. 23 — Staatsanzeiger Nr. 206 — betr. die Gebühren der Reichenschauer hingewiesen und erforderlichenfalls unter Bezugnahme auf den oberamtl. Erlaß vom 23. 1. 23 zu entsprechender weiterer Beschlussfassung veranlaßt.

Calw, den 5. September 1923.

Oberamt: Bögel, Amtmann A.B.

konserervative Regierung arbeite nicht gut. Frankreich knie auf dem hingestreckten Deutschland und Italien erwürge Griechenland. Zugleich riefen sie England zu: „Hände weg!“. Im Jahre 1914 habe man diesen Ruf nicht gehört. Aber jetzt, wo England die Arbeit für sie geleistet habe, heiße es: „England, Hände weg!“ Mit Bezug auf Italien erklärte Lloyd George, alle Telegramme aus Genf, so sehr sie auch — was klar sei — inspiriert seien, könnten die Tatsache nicht verheimlichen, daß England eine ernste Zurückweisung erfahren habe.

Amerikanische Theorien.

London, 7. Sept. Reuter meldet aus Chicago: Der Schatzmeister des Republikanisch-nationalen Ausschusses, Opham, der kürzlich aus Europa zurückgekehrt ist, beabsichtigt, Präsident Coolidge zu ersuchen, in die Reparationschwierigkeiten einzugreifen und einen Vorschlag zu machen, um Europa wieder auf eine gesunde wirtschaftliche Grundlage zu stellen. Opham begibt sich nächste Woche auf eine Einladung des Präsidenten Coolidge nach Washington, um über seine Wahrnehmungen bezüglich der europäischen Verhältnisse Bericht zu erstatten. Opham wird Coolidge empfehlen, den Kongreß zu ersuchen, dem Präsidenten die Befugnis zu erteilen, eine Kommission amerikanischer Geschäftsleute zu ernennen, um so schnell wie möglich zu bestimmen, welche Reparationen Deutschland zu zahlen in der Lage ist. Opham wird ferner empfehlen, daß, nachdem einmal der Betrag festgesetzt ist, die Ver. Staaten Frankreich ersuchen sollen, diesen unverzüglich anzunehmen und daß im Falle der französischen Weigerung die Ver. Staaten Frankreich einfach ersuchen sollen, seine Schuld in Amerika zu begleichen.

Der griechisch-italienische Konflikt.

Eine Note der Botschafterkonferenz an Griechenland.

Paris, 7. Sept. Die Botschafterkonferenz, die heute nachmittag zur Weiterberatung des griechisch-italienischen Streitfalles zusammengetreten war, hat ihre Sitzung um 7 Uhr abend beendet. Ueber die Sitzung ist folgende Mitteilung ausgegeben worden: Die Botschafterkonferenz hat den Wortlaut einer Note festgesetzt, die sofort den diplomatischen Vertretern in Athen telegraphisch übermittelt worden ist, damit diese sie der griechischen Regierung ausshändigen. Die Note ist außerdem dem Völkerbundsrat mitgeteilt worden. Die Texte dieser beiden Mitteilungen werden morgen veröffentlicht werden. Die Agence Haas teilt dazu mit: Obgleich bezüglich des Inhaltes des Telegramms, das nach Athen geschickt worden ist, von den alliierten Delegierten größte Zurückhaltung gewahrt wird, sind wir in der Lage mitzuteilen, daß dieses Dokument die einmütige Ansicht der alliierten Delegierten darstellt und ihrer Ansicht nach eine bedeutsame und sogar entscheidende Etappe für die Regelung des griechisch-italienischen Streitfalles kennzeichnet.

Griechenland zur Bezahlung der finanziellen Entschädigungsforderungen bereit.

Paris, 7. Sept. Wie der „New York Herald“ aus Athen erfährt, hat die griechische Regierung ein Arrangement mit der Nationalbank getroffen, die der Regierung eine Summe in Höhe der von Italien verlangten Entschädigung der italienischen Landungskosten und der italienischen Befahrungsausgaben auf griechischem Boden zur Verfügung stellt. Es soll dadurch Griechenlands Loyalität dargetan werden. Der gesamte Betrag werde dem Völkerbund zur Verfügung gestellt werden, sobald sich ergebe, daß der Völkerbund die Regelung des italienisch-griechischen Streitfalles in die Hände nehme.

Italienische Mitteilungen

über die Urheber des Mordes.

Rom, 6. Sept. Nach weiteren Mitteilungen der „Agenzia Stefani“ aus Janina sollen die Urheber des Mordes an der italienischen Delegation, oder vielmehr die Auftragneher, zu den Mitgliedern der großepiratischen Organisation gehören, die fast gänzlich aus griechischen Offizieren besteht. Die Leiter der genannten Organisation sollen Oberst Bogaris, der Griechenland in der Grenzfestsetzungskommission vertritt, und ein anderer Offizier sein, dessen Persönlichkeit noch nicht genügend festgestellt ist. Diese Organisation hat ihren Mittelpunkt in Janina und zahlreiche Zweigstellen in Saloniki, Athen und Korfu.

Der italienisch-südslawische Streit um Fiume.

Belgrad, 7. Sept. Die Berichte über die Verhandlungen mit Italien in der Frage von Fiume lasten sehr ungünstig. Man glaubt nicht, daß es zu einer Verständigung kommen wird, sobald ein Schiedsspruch des schweizerischen Bundespräsidenten unvermeidlich erscheint. Die „Politica“, welche über die letzte Ministeritzung berichtet, führt aus, Italien maskiere in seinen letzten Vorschlägen den Wunsch, Fiume zu annektieren. Der Fiumer Freistaat müsse aber bestehen bleiben, wenn

an der Wria länger Frieden gewünscht werde. Ministerpräsident Pastisch und der Außenminister Wintzitsch wurden von dem Beschluß der Regierung telegraphisch benachrichtigt. Vor dem Eintreffen ihrer Antwort wird der italienischen Regierung der von der Regierung gefasste Beschluß nicht bekannt gegeben. Ausgehend von dem Standpunkt, daß das gegenwärtige Gleichgewicht im Balkan nicht geändert werden dürfe, beschloß die Regierung, in dem italienisch-griechischen Streitfall Zurückhaltung zu bewahren und die Entwicklung der weiteren Ereignisse aufmerksam zu verfolgen, ihren Standpunkt aber jenem internationalen Forum, welches mit der Entscheidung des Streitfalles betraut wird, bekannt zu geben.

Ausland.

Anfälle anlässlich des Jubiläums

der Königin von Holland.

Amsterdam, 7. Sept. Bei der gestrigen Fahrt der Königin Wilhelmina zur Jubiläumsvorstellung, wobei die Königin die goldene Equipage, ein Nationalgeschenk des niederländischen Volkes, benutzte, ereigneten sich einige Anfälle. Die berittene Polizei mußte rücksichtslos durch die Menge reiten, um den Damen, denen buchstäblich die Kleider vom Leibe gerissen wurden, und den Kindern, die unter die Füße der Volksmenge geraten waren, aus dem ungeheuren Gedränge zu helfen. Zweihundert Personen brachen bewußtlos zusammen, eine ist gestorben.

Polnisch-russische Aussprache.

Warschau, 7. Sept. Die „Gazeta Warszawska“ stellt fest, das Gerücht, die polnische Regierung habe die Sowjetregierung anerkannt, sei unzutreffend. Es habe lediglich zwischen dem Außenminister und dem Vertreter der Sowjetregierung eine Zusammenkunft stattgefunden, in der diesem die Bedingungen, unter denen die Anerkennung der Sowjetregierung durch Polen erfolgen könne, zusammenfassend mitgeteilt worden seien.

Deutschland.

Berordnung des Reichspräsidenten

über die Devisenerfassung.

Berlin, 7. Sept. Auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung des Deutschen Reiches wird folgendes verordnet: § 1. Die Reichsregierung bestellt einen Kommissar für die Devisenerfassung mit außerordentlichen Vollmachten. Der Kommissar ist befugt, Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung, ausländische Wertpapiere und Edelmetalle für das Reich in Anspruch zu nehmen. Zu diesem Zweck werden die Art. 115, 117 und 153 der Reichsverfassung außer Kraft gesetzt. Der Kommissar für Devisenerfassung ist eine Behörde, die dem Reichswirtschaftsminister untersteht. § 2. Die Reichsregierung erläßt die zur Erfüllung der Befugnisse des Kommissars erforderlichen Bestimmungen und regelt das Verfahren. Sie kann dem Kommissar für Devisenerfassung und den von ihm bestimmten Stellen die Regelung im einzelnen überlassen. Sie kann Zuwiderhandlungen gegen die Durchführungsbestimmungen mit Freiheitsstrafen, Geldstrafen und Einziehung bedrohen und bei Zuwiderhandlungen gegen die Devisengesetzgebung oder die Anordnungen des Kommissars Ordnungsstrafen, Sicherstellung und Verfallserklärung ohne Rücksicht auf das Vorkliegen einer strafbaren Handlung androhen. Der Reichspräsident (gez.): Ebert. Der Reichskanzler (gez.): Dr. Stresemann.

Berlin, 7. Sept. Wie wir erfahren, wird zum Kommissar für die Devisenerfassung der Geheimen Regierungsrat und Vortragende Rat im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe U.B. Feilinger ernannt.

Aufhebung der Vierteljahrsvorsparungen der Beamtenbezüge.

Berlin, 5. Sept. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet: Heute nachmittag wird die Aenderung der Gehaltszahlung für die Beamten durchgesprochen. Der Reichsfinanzminister ließ dem Reichsrat einen Gesetzentwurf über eine vorübergehende Aufhebung der vierteljährlichen Gehaltszahlungen zugehen. Darnach sollen alle Beamte monatlich ihr Gehalt in bar ausbezahlt erhalten.

Deutsche Glückwünsche zum Regierungsjubiläum der Königin von Holland.

Berlin, 7. Sept. Anlässlich des 25jährigen Regierungsjubiläums der Königin von Holland ließ der Reichspräsident durch den Gesandten in Haag der Königin ein Handschreiben überreichen, worin insbesondere auf die segensreiche Liebestätigkeit ihres Landes während des Krieges und nach dem Kriege hingewiesen wird. Ferner ließ der Reichspräsident dem niederländischen Gesandten, Baron Gevers durch den Chef seines Bureaus, Ministerialdirektor Meißner, Donnerstag nachmittag seine Glückwünsche aussprechen. Der Reichskanzler und Gemahlin, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Frhr. v. Moltke, sowie andere höhere Beamte des auswärtigen Amtes fanden sich in der niederländischen Gesandtschaft ein, wo zu Ehren der Königin ein Empfang der niederländischen Kolonie stattfand.

Die Not der städtischen Gemeinden.

Berlin, 7. Sept. Einer Blättermeldung zufolge teilte der Magistrat der Stadt Rathenow in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung mit, daß er nicht in der Lage sei, am 1. Oktober die Beamtengehälter zu zahlen. Die Stadt steht unmittelbar vor dem finanziellen Zusammenbruch. Alle weiblichen Angestellten sollen sofort entlassen werden.

werde. Minister-
telegrophisch be-
antwortet wird der
Regierung gefasste
gehend von dem
ge Gleichge-
dert werden
italienisch-griechen
ehend und die Ent-
erkham zu verfol-
ernationalen Fo-
Streitfalles be-

von Holland.
n Fahrt der Kö-
ellung, wobei die
ionalgeschenk des
en sich einige Un-
chtslos durch die Klei-
Kindern, die un-
en, aus dem un-
ret Personen bra-
ben.

arjawa" stellt
habe die Sowjet-
Es habe lediglich
reter der Sow-
unden, in der
Anerkennung der
onne, zusammen-

visenerfassung.
t. 48 der Reichs-
endes verordnet:
ommissar für die
ollmachten. Der
nd Forderungen
Wertpapiere und
nehmen. Zu die-
153 der Reichs-
ommissar für De-
Reichswirtschafts-
rderung erläßt die
issars erforderli-
ahren. Sie kann
den von ihm
elnen überlassen.
Durchführungs-
trafen und Ein-
ungen gegen die
en des Kommissar
d Verfallserklä-
einer strafbaren
(gez.): Oberk.
n an n.
wird zum Kom-
ime Regierungs-
Ministerium für
ernannt.

anzahlungen
Berichtet: Heute
hlung für die Be-
nister ließ dem
übergehende Auf-
zugeben. Darnach
war ausbezahlt er-

ungsjubiläum
nd.
gen Regierungs-
der Reichsprä-
er Königin ein
ondere auf die
s während des
s wird. Ferner
schen Gesandten,
ureaus, Ministe-
tag seine Glück-
und Gemahlin,
hr. v. Malgahn,
tigen Amts fan-
schaft ein, wo zu
niederländischen

neinden.
zufolge teilte der
gen Stadtverordne-
sei, am 1. Oktober
s unmittelbar vor
lichen Angestellten

Die Erdbebenkatastrophe in Japan.

London, 7. Sept. Nachdem infolge der Verkündung des Kriegesrechtes General Futuda den Befehl über die Stadt Tokio übernommen hat, ist die Ordnung im Innern der Stadt so gut wie hergestellt. Lebensmittelvorräte strafen aus den verschiedensten Gegenden ein. Plünderer werden auf der Stelle erschossen. — Am Samstag wurden durch die Sturmflut bei Yokohama 2 japanische Schiffschiffe zum Sinken gebracht.

London, 7. Sept. Aus Nagasaki wird gemeldet: Infolge der Verwüstung von Tokio und Yokohama ist der Zulauf für ausländische Frachtschiffe nach Kobe verlegt worden. Die Handelskammer beschloß, alle Frachten aus dem Auslande, die für Yokohama und Tokio bestimmt sind, unter ihren Schutz zu nehmen. — Der Korrespondent der Tokioer Zeitung „Asahi“ erklärt, daß ganz Yokohama mit Einschluß der Hafenanlagen eine enorme Brandstätte sei, aus der ab und zu haushohe Flammen emporstrahlen. Die Tanks der Standard Oil Company und der Nising Sun explodierten. Das brennende Petroleum ergoß sich in gewaltigen Strömen durch die Straßen der Stadt und setzte alles in Brand. Selbst bis in den Hafen gelangte die brennende Flüssigkeit, sodaß in kurzer Zeit alle Schiffe im Hafen lichterloh brannten. Nach dem Telegramm eines britischen Marineoffiziers aus Yokohama sind Yokohama ganz und zwei Drittel von Tokio zerstört. In Yokohama wurden 70 ausländische Einwohner getötet. Der japanische Botschafter in London erhielt heute den ersten amtlichen Bericht vom japanischen Auswärtigen Amt in Tokio. In diesem Berichte heißt es: Die britische, amerikanische, französische und italienische Botschaft, ebenso wie die chinesische Botschaft sind niedergebrannt. Das Erdbeben war das größte seit 67 Jahren.

Berlin, 6. Sept. Wie die „B. Z.“ erfährt, ist die deutsche Botschaft verhältnismäßig gering beschädigt. Nur ein Nebengebäude ist niedergebrannt. Der Kanzlist Schmidt von der Botschaft ist mit den Schlüssel in Kobe beim Konsulat eingetroffen. Sein Kollege Schulz befand sich im Gebirge, ebenso der Botschaftsrat Trautmann mit seiner Familie und zwei anderen Damen von der Botschaft, die gerettet sein dürften. Auch der Generalkonsul Thiel aus Shanghai, der sich mit seinen Angehörigen zur Zeit in Japan befindet, war während des Erdbebens im Gebirge. Endlich ist vom Generalkonsulat in Yokohama der Vizekonsul Sill als gerettet gemeldet worden.

Eine ganze Inselgruppe verschwunden.

Paris, 5. Sept. Wie der „Parisien“ aus London meldet, erfährt man nach einem Telegramm aus Peking, daß die Gruppe der Bonin-Inseln, 800 Kilometer von Japan gelegen, die ungefähr 20 Inseln und Inselchen umfaßt und von 50 000 Menschen bewohnt war, vollkommen im Meere verschwunden ist.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 8. September 1923.

Ein ehrender Ruf.

Wie uns mitgeteilt wird, hat die leitende Schwester unseres Bezirkskrankenhauses Johanna Bayerlein einen Ruf als Oberin an das Krankenhaus der deutschen Gesandtschaft in Peking (China) erhalten und angenommen. Wir beglückwünschen sie zu dieser ehrenvollen Berufung und sind überzeugt, daß sie in ihrem Teil dazu beitragen wird, das gesunkene Ansehen Deutschlands im Auslande wieder zu heben. Der Bezirk aber hat alle Ursache, den Weggang von Schwester Johanna zu bedauern, verliert doch das Bezirkskrankenhaus in ihr eine Oberin, die während schwerer Kriegs- und Nachkriegszeit ihre Stellung mit großem Takt, feinstem Umficht und Tatkraft ausgefüllt und das Hauswesen mit großer Sparsamkeit geleitet hat. Ihr Weggang ist umso mehr zu bedauern, als demnächst das neu erbaute Isoliergebäude zu dessen Erstellung sie soviel beigetragen hat, in Betrieb genommen werden soll und dabei ihre tatkräftige Mitwirkung sehr vermißt werden wird. Die ev. Diakonissenanstalt in Stuttgart hat als Nachfolgerin von Schwester Johanna die langjährige Operationschwester des Bezirkskrankenhauses Emma Weller bestellt, von der wir überzeugt sein dürfen, daß sie das Hauswesen im Sinn und Geist ihrer Vorgängerin weiterführen wird.

Pfadfinder-Thing.

Gehgt ist der Hag
Nach altdeutscher Art.
Gerichtet der Ring
Am grünenden Busch;
Unter hohem Himmel,
In freier Luft.

Droben auf lustiger Höhe ist die Thingstätte gerichtet, dorthin ziehn die Buben in einzelnen Trupps. Großer Pfadfindergruß tönt den Ankommenen entgegen, und bald vereinigen sich mehrere Gäste mit den Pfadfindern und Calwer Pfadfindern um das Beratungsfeuer. Wölflinge, Fackeln in den Händen, bewahren den Zutritt zum Thing vor dem Fuß derer, die nicht zum Bunde gehören. Denn nur der, der uns verpflichtet ist, darf weilen im Ring. Schweigend sitzen darin die Buben, schweigend die Wölflinge und Keullinge außerhalb. Der Leiter eröffnet den Rat, Pfadfinderangelegenheiten werden erledigt. Ernste Worte richtet er an die Versammelten, insbesondere auch an die Unterführer. Selbstverständlich fordern wir von einem Führer zielbewusstes Auftreten, aber er muß auch Pfadfindertum vorleben, in rastloser, selbstloser und opferfreudiger Arbeit gerade in unserer selbstsüchtigen Zeit für das Gemeinwohl schaffen, treu sich selbst und seiner Gefolgschaft. Vor allem muß er auch Herz und Empfinden für

die kleinen Sorgen und Nöte der jungen Seelen haben, ihnen Berater, Helfer und Warner sein können, damit sie voll Vertrauen zu ihm aufblicken und sich an ihn wenden in jeder Not. Scharf klingen die Worte, die mahnen an das Gelöbniß eines jeden Pfadfinders, an seinen Wahlspruch: „Allzeit bereit zur Hilfe für den andern in der Not!“ Treue zur Heimat und zum deutschen Vaterlande fordert er und der Calwer Hauptfeldmeister in eindringlichen Worten von unserer Jugend, die lernen soll, mitzuarbeiten an dem Wohle und der Gefundung unseres Volkes. Es helfe uns der liebe Gott zum Sieg aus aller Not! — Alle erheben sich und schlingen die Hände ineinander zum engen Ringe um das Feuer:

„Wir wollen als Freunde
Die Hand uns geben
Einer Gemeinde —
Und danach leben!“

Das Thing ist geschlossen. Der Abend ist kühl geworden. Nun geht es heimwärts, eine Fackel leuchtet voran, mit frohem Lied der Stadt entgegen, deren nächtliche Lichter aus dem Tale zu uns heraufblitzen. —ph—

Wetter für Sonntag und Montag.

Im Nordwesten zieht eine neue Störung auf, die aber zunächst in Süddeutschland günstig wirkt. Am Sonntag und Montag ist darum wohl Morgennebel, aber von mittag an heiteres und mildes Wetter zu erwarten.

Wittberg, 8. Sept. Der Gemeinderat hat an seinem Beschluß, das 200jährige Bestehen des Schäferlaufs zu feiern, festgehalten und läßt deshalb Einladung zum Lauf ergehen wie im Anzeigen-Teil zu sehen. Die trüben Zeitverhältnisse aber brachten es mit sich, daß das Fest sehr einfach gehalten wird. Doch besteht für die verheirateten und ledigen Schäfer die Möglichkeit, je einen Hammel oder sonst praktische Gegenstände im Sprung zu gewinnen. Verschiedene Festwagen sollen als belebendes Moment dem Festzug eingereiht werden. Möge das Bemühen der Stadtverwaltung durch zahlreiche Besuch des Festes vergolten werden!

(ECB) Pforzheim, 7. Sept. Die Eheleute Weiß hatten als Untermeister den geschiedenen 45 Jahre alten Flickschuster Christian Hajner. Wegen verschiedener Mißhandlungen, zu denen der übel beleumdete Hajner Anlaß gab, sollte dieser längst ausziehen. Gestern sollte er durch den Gerichtsvollzieher aus seinem Zimmer entfernt werden. Aus Wut stürzte er sich mit dem Schustermesser im Hofe auf die Frau Weiß und versetzte ihr mehrere Stiche. Auf ihre Hilferufe eilten der Mann und die beiden Töchter herbei, die Hajner ebenfalls mit dem Messer traktierte, bis er schließlich durch Nachbarn entwaffnet und der Polizei übergeben wurde, die ihn ins Gefängnis abführte. Die Verwundeten fanden im städt. Krankenhaus Aufnahme. Die Frau und die verheiratete Tochter Ida Klingmann schweben in Lebensgefahr.

(ECB) Hundersingen u. Münsingen, 7. Sept. Am hellen Vormittag wurde in dem am Ende des Orts gelegenen alleinstehenden Wohnhaus des Fritz Manz, während sämtliche Personen auf dem Felde waren, ein großer Einbruchdiebstahl verübt. Die Diebe durchstöberten alle Gemächer und raubten Gegenstände im Wert von fast einer Million.

(ECB) Nattheim u. Heidenheim, 7. Sept. Die Gemeinde baut 10 Einfamilienhäuser mit einem Kostenaufwand von 100 Millionen M. Diese werden aus dem Erlös eines außerordentlichen Stammholzhiebes von 1000 Fm. bestritten. Die Gemeinde hat sehr viel Wald.

(ECB) Von der Schweizer Grenze, 7. Sept. Durch die Entwertung der Mark und die ungeheure Preissteigerung der Lebensmittel haben sich die Verhältnisse im Grenzgebiet sehr geändert. Während noch vor kurzem die Schweizer nach Deutschland kamen, um sich für wenig Rappen einen vergnügten Tag zu machen, kaufen heute die Deutschen wieder Brot, Mehl und Fett in der Schweiz, weil die Lebensmittel qualitativ drüben besser und trotz des Valutaunterschiedes nicht teurer sind als bei uns.

Aus dem Handwerk.

Anläßlich der im Rathausaale in Reutlingen stattgefundenen Sitzung des Vorstands des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamertags, der auch eine Reihe Regierungsvertreter angewohnt haben, hat der Vorstand zu der gegenwärtigen Finanzlage des Deutschen Reiches folgende Erklärung abgegeben:

I.
1. Die vom Kabinett Cuno eingeleitete und vom Kabinett Stresemann übernommene Finanzaktion wird trotz der dadurch verursachten schweren Belastung als notwendig anerkannt. Auch das Handwerk wird sich der Erfüllung seiner Pflicht gegenüber der Volksgemeinschaft nicht entziehen.
2. Indessen muß der Gefahr entgegen gewirkt werden, daß durch den gewaltig vermehrten Steuerdruck in Verbindung mit dem gleichzeitig eingetretenen Lohnruck ein erheblicher Teil der Handwerksbetriebe vernichtet wird. Es ist daher, soweit das mit dem Ziel der neuen Finanzmaßnahmen irgend vereinbar ist, auf die weniger leistungsfähigen Handwerksbetriebe bei dem möglichst zu beschleunigenden Erlaß der Ausführungsanweisungen zu den Steuergesetzen Rücksicht zu nehmen.

II.
1. Der Vorstand des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamertags hält die alsbaldige Durchführung einer wertbeständigen Rechnungsgrundlage im Handwerk für dringend erforderlich, da nur unter diesen Voraussetzungen die Aufrechterhaltung der Handwerkswirtschaft gegenüber den Preis- und Zahlungsbedingungen der Industrie

und des Handels, gegenüber dem vermehrten Lohnruck der Arbeitnehmer und gegenüber der nunmehr durchgeführten Valorisierung der Steuerzahlungen für das Reich ermöglicht werden kann. Er empfiehlt den Fachverbänden des Handwerks, sofort die Grundlagen einer wertbeständigen Rechnung für ihre Gewerbezweige durchzuführen, soweit das noch nicht geschehen ist. Er erklärt sich zur Mitarbeit hierbei in Verbindung mit dem Reichsverband des Deutschen Handwerks bereit. Er erwartet von den Regierungen des Reiches und der Länder, daß sie die wirtschaftliche Notwendigkeit einer solchen Maßnahme anerkennen und ihr nicht durch Anwendung von wirtschaftlich bereits überholten Grundföhen der Bucherhaltung Schwierigkeiten bereiten, vielmehr alsbald Richtlinien für eine einheitliche und gesetzmäßige Durchführung erlassen.

2. Unter den vorstehend dargelegten Voraussetzungen hält der Vorstand des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamertags die Beteiligung des Handwerks an der Aufbringung der wertbeständigen Anleihe des Reiches für möglich und richtet an das gesamte Handwerk das dringende Ersuchen, nach besten Kräften zum Gelingen der Anleihe beizutragen.

III.
1. Die jetzige Finanzaktion der Reichsregierung kann indessen als durchgreifende Reform zur Wiedergesundung der deutschen Finanzen nicht angesehen werden. Sie darf nur eine Uebergangsmäßnahme bleiben, die baldigst zu einer grundlegenden Finanzreform führen muß, die das gesamte Steuersystem auf eine wertbeständige und ehrliche Grundlage stellt.

2. Es muß vor allen Dingen dafür gesorgt werden, daß die Inflation mit ihren verderblichen Folgen für die gewerblichen Leistungsberechtigten so bald als möglich abgebaut wird. Als Mittel zu diesem Zwecke erachtet der Vorstand des Amertags eine alsbaldige dringende Reform der Lohn- und Besoldungspolitik des Reiches für unabweisbar.

3. Zur Erleichterung dieser grundlegenden Reform wird die alsbaldige Einführung der Wertbeständigkeit der Kreditwährung für notwendig erachtet. Das ist umso dringender, als zur Leistung der neuen Steuerzahlungen für den weniger leistungsfähigen Teil des Gewerbes ein aller Voraussicht nach eine gewisse Stundung erforderlich werden wird. Voraussetzung für eine grundlegende Finanzreform ist die Einführung einer neuen Währung neben der Papiermark oder an ihrer Stelle, die auf die Produktion der deutschen Wirtschaft bezw. auf die Sachwerte des deutschen Volksvermögens gestützt wird. Für die Sicherstellung der Grundlagen der Finanzreform fordert der Vorstand des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamertags die Mitwirkung der deutschen Wirtschaft auf der Grundlage weitgehender beruflicher Selbstverwaltung der wirtschaftlichen Erwerbsstände.

Steigerung der Produktion.

Eine wirkliche Gesundung der deutschen Wirtschaft kann indessen nur dann herbeigeführt werden, wenn endlich wirkliche Maßnahmen zur Vermehrung der Produktion und zur Revision des Friedensvertrags durch die Reichsregierung ergriffen werden.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern in Berlin 52 867 500 G., 53 132 500 Br., in Frankfurt 59 880 000 G., 60 150 000 Br. Eigentümlicherweise zeigte der New Yorker Schluszkurs 33 333 334 M. Die Goldmark wurde zu 12 619 048 notiert. In Frankfurt galt der Schweizerfranken 9 775 000, der holl. Gulden 23 451 250, die schwedische Krone 14 961 500, der italienische Lire 2 439 750, der französische Franc 3 341 625, das englische Pfund wurde in Berlin zu 239 400 000 M. gekauft.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(ECB) Stuttgart, 7. Sept. Bei einem Dollar von 53 Millionen ergab sich für die Börse ohne weiteres die Stimmung einer Katastrophenhäufung. Die Kurse wurden durchweg verdreifacht oder verdoppelt. Meist fehlte es an Material. Die Höherbewertung bei Banken war folgende (in Tausenden von M.): Hypothekentb. 1.1 (3), Notentb. 6 (15), Vereinsb. 6 (12). Bei den Brauereien: Ravensb. 4.2 (9), Rettemeyer-Tivoli 7 (20), Rottweil Pflauen 3 (8), Württ. Hohenz. 7 (25), Wulle 3 (13). Bei den Textilpapieren: Unterhausen 22 (52), Bietig. 4 (10), Kolb und Schüle 15 (35), Ptersee 20 (40), Kottorn 9 (30), Ruchen 30 (50), Filz 14 (50), Ehlingen 34 (75), Blaubeuren 60 (100), Rattun 35 (70). Bei den Metall- und Maschinenaktien: Daimler 2.5 (10.5), Tuttingen 10 (18), Hanja 3.5 (10), Hohner 10 (18), Junghans 14.5 (30), Koch 30 (60), Köln-Rottweil 52 (90), Laupheim 50 (100). Magirus 8.5 (15), Ehlingen 15 (30), Hesser 11.5 (20), Weingarten 10 (50), Neckarjulum 10 (22), Württ. Metall 100 (150). Von sonstigen Aktien: Anilin 168 (250), Bremen-Befigheim 30 (60), Deutsche Verlag 7 (25), Kaiser Otto 26 (41), Knorr 15 (30), Krumm 4 (14), Leibbrand 3 (10), Maß 8 (18), Salz Heilbronn 150 (300), Wadenheim (25), Bädernmühle 20 (37), Gips 20 (40), Zucker 36 (60). Ebenso war es im Freiverkehr, wo beispielsweise Zichtgold auf 18 stiegen.

Märkte.

(ECB) Ulm, 7. Sept. (Schlachtwiehmärkte). Erlös aus je 1 Pfd. Lebendgewicht in Tausenden von M.: Ochsen 1. 900—940, 2. 710—850, Stiere 1. 840—880, 2. 740—800, Kühe 1. 760—800, 2. 670—720, Rinder 1. 900—940, 2. 820—860, Kälber 1. 1300—1350, 2. 1200 bis 1250, 3. 670—720, Schweine 2000—2100, 2. 1900—2000.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seilmann, Calw.
Druck und Verlag der K. Reichsdruckerei, Calw.

Stadtgemeinde Calw.
Bei guter Witterung findet morgen Sonntag, den 9. ds. Mts., von 11-12 Uhr vormittags,
Promenade-Konzert
im Stadtgarten
statt. Eintrittspreis 20000 Mark, Kinder frei.
Eingang von der Salzgasse aus.
Die Panoramastrafe und der Pärchenweg bleiben über die Dauer des Konzerts für den Durchgangsverkehr gesperrt.
Calw, den 7. September 1923.
Stadtschultheißenamt: Göhner.

Am Montag, den 10. September, werden an solche Familien, die noch ungenügend mit Kohlen eingedeckt sind, bis zu 5 Zentner
Ia. Anthracit-Eisformbriketts
abgegeben. Die Ausgabe der Anweisungen erfolgt gegen Barzahlung oder Scheck vormittags von 8 Uhr ab auf dem Rathaus Zimmer 1, die Ausgabe der Briketts im Gaswerk. Der Preis beträgt 6 Millionen Mark f. d. Ztr.
Calw, den 7. Sept. 1923.
Stadtschultheißenamt: Göhner.

Wegen Hauptreinigung der Geschäftsräume bleibt unsere
Kaffe am Montag und Dienstag den ganzen Tag geschlossen.
Creditbank für Landwirtschaft und Gewerbe.

Augenarzt Dr. Giggelberger
Leopoldstr. 1 Pforzheim Fernspr. 1483
zurück.

Bruchleidende
bedürfen keiner Operation, oder eines lästigen Federbandes, wenn Sie mein Bruchband „Ideal“ ohne Feder, eigenes System, oder das Bruchband Kolumbus D. R. P. tragen, das Beste was existiert, rutscht und drückt nicht, Tag und Nacht tragbar. Garantie für tadelloses Passen. Leib-, Nabel- und Vorfallbinden, Geradenhalter usw. Langjährige Erfahrung. Reelle Prothetik. Für alle Bruchleidende persönlich zu sprechen in Calw Freitag, 14. Sept. von 8-11 1/2 Uhr im Hotel „Adler“.
Vandag Spezialist Eugen Frei, Stuttgart, Kronenstr. 46.

Gehlingen.
Große Versteigerung.

Am Mittwoch, den 12. u. Donnerstag, den 13. ds. Mts., je von vormittags 9 Uhr ab verkaufe ich wegen Abreise mein

Haus (mechanische Schreinerei),
Maschinen, 2 Motoren, 5 Fournierböcke, 4 Hobelbänke, 1 Leimofen, alles in gutem Zustand; sowie sämtliche Werkzeuge, ca. 45 cbm Holz, in tannen, buchen, eichen und nußbaum, alles trocken; etwa 240 m Bauholz; ferner 1 Mosterei noch neu, samt Stände, 1 massiv eichenes Schlafzimmer, 1 weiß lackiertes Schlafzimmer, 6-7 verschiedene Schränke, 1 Sekretär, nußbaum, 2 Kommode, Nähtisch, Küchensbuffet und Tisch, 4 Zimmertische, ein Pianino, schwarz, gut erhalten, 1 Notenständer, einige Noten, 12 Stühle, 7 gute Fässer von 100-370 Liter haltend, ca. 600 Ltr. guten Most, 2 Koffer, 1 Dezimalwaage, eine Wagendecke 6 1/2 5 Meter groß, 6 Bettroste und 3 vollständige Betten, sowie noch Verschiedenes.

Ferner verkaufe ich 1 Bienenstand, 5 gute Bölker, 6 Doppelkästen, Honigschleuder, 1 Sonnenwachserschmelzer, 8 Honigbüchsen wozu Liebhaber einladet.
Christian Weber.

Die Geldknappheit
zwingt Sie auf einen raschen Absatz Ihrer Artikel zu dringen. Einen flotten Absatz erzielen Sie durch Anzeigenreklame in diesem Blatte.

Evang. Kirchengemeinde Calw.
Die Gemeindeglieder werden gebeten an Stelle einer Kirchensteuer für 1922 **freiwillige Gaben** am morgen Sonntag in die Opferkasse zu legen oder bei einem der Geistlichen oder dem Kirchenpfleger abzugeben. Evang. Kirchengemeinderat.

Ulkeinschnittmuster
Zu beziehen durch
Friedrich Häussler
Buchhandlung
Fernsprecher 61 an der Brücke

Private
Drucksachen aller Art, wie: Verlobungs- und Vermählungsanzeigen, Geburtsanzeigen, Tischkarten, Preisfolgen, Einladungen, Besuchskarten, Dankdagungen liefern wir rasch
A. Dellschläger'sche
Buchdruckerei Calw

TAPETEN
in groß. Auswahl auf Lager
EMIL G. WIDMAIER.
Bahnhofstraße.

Verkaufe 1 Paar **Milchschweine** und eine Ziege.
Jakob Wechtold, Holzbronn.

Sahrpläne
für den Bezirk Calw sind auf der Geschäftsstelle ds. Bl. erhältlich, das Stück zu Mk. 400.—

Saatwicken
für Herbst und Winter empfiehlt
Otto Jung.
Elegante **Steppdecken** liefert, auch bei Materialzugabe
E. Strohmaier, Hirsau.

Suche **2 Milchschweine** gegen Tausch von Futtermehl. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Mädchen suchen Stellung in Gasthof oder privat. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Württbg. Forstamt Enzkösterle. Papierholz-Verkauf

im schriftlichen Aufstreich, am Samstag, den 15. Septbr. 1923, nachmittags 3 Uhr in Enzkösterle auf der Forstamtskanzlei aus Staatswald VII. Kälberwald, Abt. 14 Unt. Masthang, Abt. 31 Mastberg, Abt. 59 Steinrück: Ge-repeltete Papierrollen in 1 Los Nm.: 1 I., 16 II., 17 III. K. Bedingungenlose Angebote, ausgedrückt in vollen 1000 Mark-Beträgen je für 1 Nm. jeder einzelnen Klasse, wollen unterzeichnet und verschlossen bis zum obigen Zeitpunkt beim Forstamt eingereicht werden. Zahlungsstermin 15 Tage. Angebotsordrucke von der Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Schokolade
billigst.
Frig Freudenberger.

Redegewandte, in den ländlichen Kreisen des Oberamts bekannte **Persönlichkeit** wird zum Auffuchen der Landkundschaft von hiesigem größerem Geschäft gesucht.
Schriftliche Angebote an die Geschäftsstelle ds. Blattes erbeten.

Suche für sofort ein ordentliches, jüngeres **Mädchen**
Frau Carl Theurer, Station Zeinach.

Zu einem Ehepaar wird ein ordentliches **Mädchen** zum sofortigen Eintritt gesucht. Familienanschluss. — Zeitgemäßer Lohn. Näheres auf der Geschäftsstelle ds. Bl.



Alle Musikinstrumente für Haus und Orchester von den einfachsten Schülern bis zu den feinsten Künstlerinstrumenten, aller Zubehör, Saiten u. s. w. in reicher Auswahl empfiehlt
Musikhaus Curtz, Pforzheim, Leopoldstr. 17 Arkadenriedelisch-Rosbrücke Großhandlung Einzelverkauf Ausführung all. Reparaturen und Stimmen. Ankauf alter Geigen u. Cell.

Luftkurort Hirsau.
Zum **Kinder-Fest**
in den Anlagen am Sonntag, den 9. September, mittags 1 Uhr Festzug vom Kloster aus präzis 1 Uhr ladet freundlichst ein der Gemeinderat.

Badische Hoflichtspiele, Calw.
Morgen Sonntag nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr:
Das Chamäleon
(Don Pedros Masken)
Drama in 6 Akten.
Als Beiprogramm: Große Indianer- u. Farmerschau. Spannung — Sensation — Abenteuer.

Sonntag, 9. Sept. 1923,
Sußballwettspiel.
1. Mannschaft Fußball-Abtg. L.-B. Calw / Liga = Reserve Fußball-Klub Birkenfeld.
Beginn 1/3 Uhr. — Sportplatz Windhof.

Schäferlauf Wildberg. Einladung.
Zum Jubiläumslauf am 21. September wollen die verheirateten und ledigen Schäfer, sowie die Schäfermädchen unter Vorlage eines amtlichen Ausweises bis spätestens 15. September melden beim Stadtschultheißenamt Wildberg.

Fahren Sie nach Amerika
so kostet die Schiffs Karte nach New-York III. Klasse 102.50 Dollar; II. Klasse von 125.— Dollar aufwärts. Nach Buenos-Aires (Argentinien) III. Klasse Kammer 14 engl. Pfund, im Wohndeck 12 Pfund; ein Kind unter 1 Jahr nichts; von 1-5 Jahren ein Viertel und von 5-10 Jahren die Hälfte des Fahrpreises. Falls Ihre Verwandten die Preise bezahlen, (prepaid) und für Nordamerika Bürgerschaft stellen müssen, (affidavits), so bedienen Sie sich der kostenlosen Auskunft durch die Vertretung der
Hamburg - Amerika - Linie
in Calw: Paul Olpp, Marktpl. 15. Fernspr. 99
Geschäftsstunden: 9-12 und 2-5 Uhr.
(Sonst Panoramastrabe.)

Wir kaufen laufend: Kiefern- und Fichtenrundholz aller Klassen.
Robert G. G. Mann, G. M. b. H.
Holzgroßhandlung Essen, Einkaufsbüro und Sägewerk Wildberg (Württ.)
Fernsprecher Nr. 26.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland!